

LOCOMOTIVE.

Zeitung für politische Bildung des Volkes.

Erscheint jeden Wochentag.

Monatspreis: 7½ Sgr. (am Verlags-Orte inclusive Botenlohn.

Redacteur: **Held.**

Für Auswärtige bei allen Postämtern vierteljährlich 22½ Sgr. franco.

Insertionsgebühr 1½ Sgr. pro Petitzeile.

Die Nationalitätsfrage.

Den Staaten des ancien régime (veralteten Regierungssystem) oder der Reactionsperiode ist plötzlich ein doppelter Feind erstanden: der Sinn für Freiheit und der Sinn für Nationalität. Es genügt den Menschen nicht, bloß frei zu sein, sondern sie wollen auch in nationaler Verbrüderung leben, d. h. jede Nation, nämlich jedes Volk von gleicher Sprache und Sitte will einen Staat für sich bilden; keine Nation will dem Staate einer andern angehören oder unterworfen sein.

Dadurch werden die Staaten der Reactionsperiode in zwiefache Wirren verwickelt, in innere und äußere. Die inneren Wirren drehen sich um das Verhältniß der Regierung zum eignen, die äußeren um das Verhältniß der Regierung zu einem andern Volke.

Preußen hat das traurige Geschick, in beide Arten von Wirren sehr wesentlich verwickelt zu sein; und — was als das Traurigste dabei erscheint! — es ist dadurch in ein höchst gefährliches Dilemma gebracht.

Die polnische und die schleswigsche Nationalitätsfrage bilden die beiden Schenkel des Winkels, zwischen welchem Preußen eingeklemmt ist, gerade zu einer Zeit, da die Verhältnisse der Regierung zum Volke sich noch in einem provisorischen Zustande befinden und ein energisches Auftreten fast unmöglich machen.

Das Dilemma, von welchem wir eben redeten, besteht in Folgendem:

In Posen tritt Preußen den nationalen Befreiungsversuchen der Polen entgegen und sucht das Legitimitätsprincip aufrecht zu erhalten, ein Princip, nach welchem ein Volk dem angebornen Fürsten unterworfen ist, d. h. demjenigen, bei dessen Geburt es seinem Throne bereits unterworfen war, nach welchem also die Provinz Posen zu Preußen gehört.

In Schleswig dagegen tritt Preußen den nationalen Befreiungsversuchen der Deutschen zur Seite und sucht das Legitimitätsprincip zu stürzen, jenes Princip, nach welchem das Herzogthum Schleswig (ja selbst Holstein) zu Dänemark gehört.

Man sieht also, daß die preussische Regierung völlig inconsequent, völlig principienlos han-

delt: Was sie in Posen stützt, das sucht sie in Schleswig zu stürzen, und was sie in Schleswig fördert, das sucht sie in Posen zu hintertreiben. —

Aus dieser Inconsequenz, in heutiger Zeit der größte Fehler einer Regierung, erklärt es sich denn auch, daß Preußen in keiner der beiden Fragen energisch und entschieden auftreten kann: In Posen versucht sie das traurige Glückschneidergeschäft, den alten Rock mit neuen Lappen auszubessern, d. h. die Nationalität mit der Legitimität zu vermitteln. Ein trostloses Beginnen, was nur dazu dienen kann, den Miß ärger zu machen und Preußen, resp. Deutschland da am meisten zu schwächen, wo es der Stärkung am dringendsten bedarf, nämlich gegen Rußland zu. — In Schleswig dagegen überläßt Preußen das befreite Land sich selbst und begnügt sich damit, dem aufgestandenen Volke einige Hilfstruppen zu schicken.

Ein solches Verfahren kann für beide Fragen kein vernünftiges Resultat zuwege bringen. Die Regierung muß es also aufgeben, wenn sie sich nicht für immer um den Credit ihrer Politik bringen will. Sie muß sich aus dem Dilemma, in welchem sie steckt, dadurch herausreißen, daß sie ein festes Princip proclamirt und in beiden Fragen diesem Principe gemäß, also consequent, handelt.

Welches Princip aber soll sie proclamiren? — Nach dem alten Systeme würde es das Princip der Legitimität sein. Diesem Principe gemäß wären die Polen in Posen Rebellen gegen Preußen und die Deutschen in Schleswig Rebellen gegen Dänemark. Diesem Principe gemäß müßte die Regierung in Posen verfahren wie 1845, dürfte aber auch in Schleswig die Rebellen nicht unterstützen.

Allein die Regierung hat das alte System nicht nur für ihre innere, sondern auch für die äußere Politik aufgegeben. Indem sie erklärte: sich an die Spitze der deutschen Bewegung stellen, und ihre polnischen Provinzen im nationalen Sinne reorganisiren zu wollen, sagte sie sich von dem alten Systeme und demgemäß auch von dem Legitimitätsprincip los: Sie proclamirte dadurch das Nationalitätsprincip.

Will nun die preussische Regierung, — was sie nothwendiger Weise thun muß! — consequent handeln: so ist sie gezwungen, das Nationalitätsprincip in ihrer ganzen äußeren Politik durchzuführen, also

in den beiden schwebenden Fragen walten zu lassen. — Das thut sie nun zwar, in so weit als sie Posen nationell reorganisiren will und Schleswig in seinen nationalen Bestrebungen unterstützt. Allein sie thut es auf beiden Seiten nicht durchgreifend, nicht entschieden, nicht radical; und die Folgen einer solchen Politik der halben Maßregeln können nur unheilbringend für Preußen und Deutschland sein. —

Es fragt sich nun: wie soll die preussische Regierung in den beiden Fragen handeln, um radical zu handeln?

Wir wollen es ihr sagen.

Die nationalen Verhältnisse in Posen und Schleswig sind so ziemlich dieselben: In Posen, resp. Westpreußen und Schlesien, leben neben vielen Polen auch viele Deutsche, in Schleswig neben vielen Deutschen auch viele Dänen. Was in Posen die Polen sind, das sind in Schleswig die Deutschen; was dort die Deutschen sind, das sind hier die Dänen.

Es handelt sich also vor allen Dingen darum, die Deutschen von den Nichtdeutschen abzuschneiden, nämlich in Posen von den Polen, in Schleswig von den Dänen. Und dazu scheint uns folgendes Mittel das einzig mögliche:

Preußen proclamirt frei und offen das Princip der Nationalität und erklärt, dasselbe mit bewaffneter Hand durchzuführen zu wollen. Die Regierung ernennet sodann einerseits für die polnische, andererseits für die schleswigsche Angelegenheit besondere Grenzregulirungs-Commissionen. Diese suchen auf der einen Seite in den Provinzen Posen, Westpreußen und Schlesien, auf der andern Seite im Herzogthume Schleswig die nationale Grenzscheide auf, für welche die Sprache des platten Landes als Kriterium gilt. Auf diese Weise wird sich für das polnische und dänische Element einerseits und das deutsche andererseits eine nationale Demarcationslinie finden lassen.

Es versteht sich aber von selbst, daß es nun noch dießseit der Demarcationslinie Polen und Dänen, sowie jenseit derselben noch Deutsche geben wird. Diese werden sodann aufgefordert, sich bis zu einem bestimmten Termine freiwillig in das jenseitige nationale Land zu begeben. Kommen sie dieser Aufforderung nicht nach, so werden sie nach dem festgesetzten Termine derjenigen Nationalität vollständig einverleibt, innerhalb deren Grenzen sie sich befinden. Die jenseit der Demarcationslinie wohnenden Deutschen müssen sich dem polnischen oder dänischen, die dießseit der Demarcationslinie wohnenden Polen und Dänen dem deutschen Regimente unterwerfen, und in die resp. Nationalitäten ganz und vollständig aufgehen. Sie werden weder Recht noch Grund haben, sich darüber zu beklagen; denn man hat ihnen ja die Wahl der Nation freigestellt.

Jene Demarcationslinie bildet alsdann die Grenze Deutschlands gegen Polen und Dänemark. Was innerhalb derselben liegt, wird dem deutschen Bundesstaate einverleibt, wobei sich der Vortheil ergibt, daß Preußen keine Provinz besitzt, die nicht zum deutschen Bundesstaate gehören kann, wie es jetzt mit Posen der Fall ist. — Der Verlust, welchen

Preußen durch das Aufgeben der jenseit der Demarcationslinie fallenden polnischen Gebiete erleidet, wird ihm hinreichend ersetzt werden können dadurch, daß ihm Holstein und Schleswig, so weit es dießseits der Demarcationslinie liegt, einverleibt werden. Die legitimen Ansprüche eines Hauses Sonderburg-Augsburg — oder wie es sonst heißen mag — kommen gar nicht in Betracht; denn durch die Proclamation des Nationalitätsprinzips hat das Legimitätsprincip ein Ende; und den schleswig-holsteinischen Gebieten kann es nur lieb sein, dem in Deutschland aufgewachsenen preussischen Staate anzugehören, weil sie sich doch gewiß nicht für eine Miniatur-Dynastie erhoben haben werden, und weil sie durch die Ergebung an Preußen auch das Ihrige werden beitragen wollen, dem Unheile der vierzigköpfigen Souverainetät Deutschlands ein Ende zu machen. —

Die hier angedeutete Politik ist unsrer Meinung nach die einzige, welche die schwebenden, bereits blutig angeregten Fragen radical und vernünftig löst, die einzige, welche allen nationalen Interessen genügen kann, die einzige, welche ein kräftiges Auftreten Preußens und Deutschlands möglich macht, die einzige endlich, welche, dem neuen Systeme entsprechend, dem deutschen Reiche einen völlig nationalen Boden giebt: Alles deutsche Land, nicht mehr nicht minder, sei fortan Deutschland! —

Deutsches Reich in spe.

— Berlin. Vorgestern Morgen durchzog das ganze Mauergewerk, dessen Arbeiter eine Erhöhung des Lohnes durchgesetzt hatten, mit fliegenden Fahnen die Straßen bis zum Schloß. Im Vorbeiziehen bei der Stadtvoigtei erhielt die Polizei ihr Deputat Bivat; der eigentliche Jubel ging aber erst beim Schlosse los. Alles mußte leben: der König, die Minister, selbst die Bürgerschützen, welche das Schloß bewachten. Ja, einige Stimmen sollen sogar die Todten im Friedrichshaine haben leben lassen, weil sie vorzüglich ihr Theil dazu beigetragen haben, daß der Arbeitslohn erhöht worden ist. — Uebrigens fürchten wir, daß die guten Leuten über den Morgenjubel die Abendwolken vergessen haben: das Arbeitslohn ist zwar erhöht, aber wo wird sich denn die Arbeit finden, an welcher dieser Lohn verdient werden kann?! — denn da eigentlich sitzt der Knoten, zu welchem die Arbeiterfrage zusammengeknüpft ist.

— Mainz. Der Arbeiteraufstand grassirt bereits am Rhein. In Mainz hat man ihn mit Hilfe der Bajonette vor der Hand bewältigt. Vor der Hand! —

— Frankfurt a. M. Im Allgemeinen ist das Vorparlament mit der Bundesversammlung über das Wahlgesetz für die deutsche Nationalversammlung einig; nur in drei Punkten finden sich noch Abweichungen vor: 1) Die Bundesversammlung schließt die Provinzen Preußen und das Herzogthum Schleswig aus; das Vorparlament will sie eingeschlossen wissen. 2) Die Bundesversammlung will die Wahlen in den einzelnen Ländern verfassungsmäßig, das

Vorparlament unabhängig von den resp. Verfassungen vorgenommen wissen. 3) Die Bundesversammlung fordert einen Abgeordneten auf 70,000 Seelen, das Vorparlament einen auf 50,000 Seelen, so daß also die Bundesversammlung weniger Volksvertreter wünscht als das Vorparlament. — In dem letzteren Punkte wird die Bundesversammlung wohl aus Gerechtigkeitsgefühl und Consequenz nachgeben müssen; denn da sie früher weit mehr Deutsche, als billig ist, hat zertreten lassen, so kann sie auch jetzt etwas mehr Deutsche, als vielleicht billig ist, zertreten lassen. Man sieht, es handelt sich blos um die Anwendung des Buchstabens v., der ja heut zu Tage ohnehin von keinem Gewicht ist.

— Frankfurt a. M. Wir hatten richtig recht. Die deutsche Bundesversammlung hat — wie wir so eben lesen — nachgegeben, daß zur deutschen Nationalversammlung auf 50,000 Seelen ein Abgeordneter gewählt werde. Aber auch solche Staaten, welche weniger als 50,000 Einwohner zählen, stellen einen Abgeordneten für sich. Dabei kommt nun das kleine Fürstenthum Liechtenstein am besten weg, denn sein Abgeordneter vertritt blos 5546 Seelen. Es geht zu wie im Himmel: die Kleinen werden die Großen. —

— Wismar. Krawall allhier. Unbedeutend und bald zu Ende. Die Köln. Ztg. berichtet dabei: Der Markt sei mit Hilfe der Bürgergarde vom Bolke gesäubert worden. Hm! ist denn das Volk Schmutz, daß man einen Platz von demselben säubern kann?! — Verfluchtige Zeitungsphrase! Hat mich schon manch liebes Mal so sehr geärgert, daß ich in Versuchung gerathen bin, dem Zeitungspapier für Rechnung des abwesenden Verfassers ein paar Ohrfeigen zu geben.

— Frankfurt a. M. An dem großen deutschen Verfassungswerke arbeiten gegenwärtig: 1) die 17 Bundestagsgesandten, welche früher allein die deutsche Bundesversammlung bildeten; 2) die siebzehn (XVII) sogenannten Vertrauensmänner, nämlich Männer des allgemeinen Volksvertrauens, für jede der 17 Stimmen im engern Rathe einen, welche den Bundestagsgesandten als Beirath dienen, und theils mit ihnen, theils für sich allein Sitzungen halten; der Fünfsziger-Ausschuß des selbstberufenen Vorparlaments, aus 50 Volksmännern bestehend. — Wenn's nun nicht geht mit der Einheit und Freiheit, dann ist blos die Atmosphäre der freien Stadt Frankfurt d'ran Schuld, in der noch niemals eine vernünftige Idee gediehen ist. —

— In Baden und Württemberg herrscht viel republikanisches Element. Die Schwaben schwärmen für die allgemeine deutsche Republik nebst Zubehör. — Teufel! sind sie denn Alle schon vierzig Jahre alt, daß sie solche Ideen nähren dürfen, ohne das bewußte Sprichwort zu Schanden zu machen? — Freilich wird man heutiger Zeit in drei Tagen ein ganzes Jahr älter. Man lebt jetzt mehr in die Breite als in die Länge. —

Großbritannien.

— ist noch immer langweilig. Es wird fast

so gründlich verachtet werden, daß man seinen Kaffee und Zucker nicht mehr kauft, weil er nicht liberal genug schmeckt.

Italien.

— Republik Mailand. Auch zwischen Mailand, in Verbindung mit dem Könige von Sardinien, einerseits und Oestreich andererseits ist der Krieg im Gange. Die östreichischen Soldaten werden geschlagen. Ist auch ganz natürlich. Woher sollten diese Commisbrotritter auch den Muth nehmen, welchen die Italiener aus der Liebe zur Freiheit und zum Vaterlande schöpfen?!

Spanien.

— Man schreibt von der spanischen Grenze: Die Schwester der kinderlosen Königin Isabella, Herzogin von Montpensier, welche sich in denjenigen interessanten Umständen befindet, die jetzt gar kein Interesse mehr haben, lebe heimlich in Spanien, um durch ihre Niederkunft auf spanischem Grund und Boden ihrem Kinde das Recht auf die spanische Krone zu sichern. — So verblendet kann auch nur eine Mutter sein! Die gute Frau soll sich sagen lassen, daß die spanische Krone zu republikanischen Dukaten umgeprägt sein wird, noch ehe ihr Kind Frauenmilch von Eselsmilch unterscheiden gelernt hat.

Dänemark.

— Schleswig. Der Krieg zwischen Dänemark und Schleswig-Holstein ist da. Bei Flensburg hat (8. April) das erste Gefecht der beiderseitigen Truppen stattgefunden. Die Dänen haben einen ziemlich entscheidenden Sieg gewonnen. — Dabei fällt uns aber gleich das alte KinderSprichwort ein: „Wer zuerst gewinnt, wird zuletzt ein armes Kind.“ —

— Neben den Waffen fechten die beiderseitigen Regierungen auch noch mit Proclamationen. Darin heißt es auf Seiten der Dänen: Wir haben die feste Ueberzeugung, daß Gott unserer gerechten Sache den Sieg verleihen wird! — auf Seiten der Schleswig-Holsteiner aber: Wir haben die feste Ueberzeugung, daß Gott unserer gerechten Sache den Sieg verleihen wird! — Der arme liebe Gott! es werden ihm Dinge zugemuthet, worüber selbst seine Allmacht in Verwirrung geräth. Wie soll er's nur anfangen, um beiden Parteien den Sieg zu verleihen und so die auf ihn gesetzten Hoffnungen zu rechtfertigen?

Rußland.

— Petersburg. Allen Russen ist streng verboten worden, ins Ausland zu reisen. Niemand erhält Pässe, selbst die Kaufleute zur Messe nicht. — Der Kaiser will seine Unterthanen vor der europäischen bösen Gesellschaft bewahren; denn — wie das Sprichwort sagt — böse Gesellschaften verderben gute Sitten. Und Kaiser Nicolaus liebt natürlich sehr die gute Sitte: gehorsamer Unterthan zu sein. —

Locomotivfunken.

— Ein englisches Sonntagsblatt, Britannia, nennt den Abfall der Bombarde von Oestreich, dem

ste seit 1835 angehöre (was heiläufig ein kleiner historischer Schnitzer ist!) den schamlosesten Undank. — Gewiß, es ist derselbe schamlose Undank, dessen sich der Löwe schuldig macht, indem er den Kerker durchbricht, in welchem man ihm täglich Nahrung und Zählungsprügel gab.

— (Zu spät!) Das Schicksal, welches in der neuesten Weltgeschichte eine so große Rolle spielt, mischt sich jetzt auch in Familienangelegenheiten: Neulich ließ Jemand die Entbindung seiner Frau drei Tage nach derselben in der Zeitung anzeigen. Kaum war das Manuscript in der Druckerei, so wurde das Kind krank. Und als am andern Morgen der Vater in der Zeitung las, daß seine Frau von einem kerngesunden Knaben glücklich entbunden sei, war der Knabe bereits todt. — Die Annonce war zu spät gekommen.

— In Berlin giebt es zwei Parteien: Die eine füttert die Arbeiter mit schönen Redensarten, und die andere macht sie mit schönen Redensarten besoffen.

— Der Freih. v. Bincke, welcher während der Revolution in Berlin so schön spazieren geht, hat in der letzten Sitzung des seligen vereinigten Landtags, der bei Lebzeiten bekanntlich sehr unselig war, und dessen letzter Seufzer über den Staat noch die Last von 40 Millionen Thaler gebauht hat, — dieser Freih. v. Bincke hat eine nur von diesem vereinigten Landtage mit Hurrah aufgenommene Rede gehalten, in welcher er sagt: Der vereinigte Landtag müsse, um seine Tage mit Ehren zu beschließen, dem Ministerium durch Zustimmung zu jener Geldlast ein Vertrauensvotum abgeben. — Nun, in einer Art hat er dabei Recht, in der andern Unrecht. Denn gewöhnlich sagt man, es sei ehrenhaft, so zu sterben, wie man gelebt hat; und da nun der vereinigte Landtag stets im Vertrauen auf die Regierung, selbst auf die vom alten Systeme, lebte, so kann es allerdings ehrenhaft sein, wenn er in solchem Vertrauen erstirbt. — Auf der andern Seite begreifen wir wieder nicht, warum sich der vereinigte Landtag versammelt hat, wenn er dem Ministerium so unbedingtes Vertrauen schenkt; denn wenn man Jemandem vertraut, so läßt man ihn auch allein handeln. Wenn es also für den Landtag eine Ehrensache war, dem Ministerium Vertrauen zu schenken, so wäre es auch eine Ehrensache gewesen, gleich in der ersten Sitzung dies Vertrauen auszusprechen, dem Ministerium Alles zu überlassen und gemüthlich zu Hause zu gehen, was vom vereinigten Landtage überhaupt das Ehrenhafteste und zugleich das Beste gewesen wäre.

(Gingefandt.)

— (Wahl-Versammlung.) Welchen Männer sollen wir zu derselben unser Vertrauen geben? monarchisch, constitutionell oder republicanisch Gesinnten? Es kommt vor der Hand nicht drauf an, ob wir monarchisch, constitutionell oder

republicanisch, sondern ob wir offenherzig, gerecht, wahrhaftig regiert werden. Alle 3 Staatsformen haben schon bankrott gemacht. Jetzt sind 8 Millionen im Schatz, 150 Millionen Schulden und eine Anleihe steht bevor. — Nach 33 Friedensjahren! — Wir brauchen nunmehr unbestechliche, fleißige, kluge Männer, deren guter Ruf in Stadt und Land weithin erschallt. Unter 15 Millionen Seelen sind unzweifelhaft 400 bis 500 Biedermänner die zu dem großen Zwecke tauglich sind. Man findet sie unter den Stadtverordneten, Schiedsmännern, Dekanomen, Dorfschulzen, Kaufleuten, Handwerkern, Hauswirthen, Schriftstellern, Schullehrern, Juristen, Aerzten &c. Man findet sie schwerer unter den Adelligen, Geistlichen, Beamten, Bürgermeistern, Magistraten, Privilegirten, Hof-Lieferanten, Pensionairen, Ordensrittern, Banquiers &c. Wir haben bisher unsre Schuldigkeit gegen den König gethan, wir müssen sie nun auch gegen das Volk thun. Man lege nicht zu großen Werth auf die politische Gesinnung, wenn nur Männer kommen, die unerschrocken gegen die Höchsten, liebreich gegen die Niedrigsten, gerecht gegen Alle sind. Das aufgeklärte, redliche, fleißige Volk Preussens wird an den Thüren der neuen Wahl-Versammlung Wache halten; nur bestechliche und bestochene Wahl-Versammlungen führen das Elend der Regierung des Landes und ihr eigenes herbei. — Dr. Levinstein.

(Freigericht.)

— Die Collaboratoren des alten Systems: Wirkliche Geheimrath und Director im Ministerium des Innern Rathis, Geheimer Regierungsrath Sulzer, Oberpräsident v. Meding, Regierungsrath Grano, Regierungsassessor Piper, Geheimer Hofrath Dr. John und Polizeidirector Dunker — sind ihrer Functionen noch immer nicht enthoben. —

(Correspondenz.)

- 1) Otto Kräß. Was wollen Sie eigentlich? — 2) D. R. Ueber Ihre Forderung werde ich morgen sprechen. — 3) Dr. C. J. G. Wird persönlich abgemacht. — 4) Aus Genthin. Dem Wunsche soll sofort genügt werden, am besten in der Locomotive selbst. — 5) B. hier. Ich halte die Agitation des Volksfreundes jetzt noch für zu unbedeutend um sie zu kritisiren, und möchte ihr durch eine Polemik nicht erst Bedeutung geben. — Was den Wunsch des Volkes betrifft, mich bei den Volksversammlungen öfter zu sehen und zu hören: so ist mir ein Wunsch des Volkes noch stets Befehl gewesen, und ich werde ihm nachkommen, so viel es meine freilich sehr beschränkte Zeit erlaubt. — 6) Ein armer Schreiber. Soll morgen Aufnahme finden. — 7) Dr. Levinstein. Ist abgedruckt. D. Red.

Ankündigungen.

Im Verlage von W. Adolph & Co. in Berlin Wilhelmstraße 97, erschien so eben und ist in allen Buchhandlungen vorräthig, auch bei Renter & Stargard, Charlottenstraße 49:

Revolutions-Karte

von

Deutschland.

Mit Darstellung des deutschen Revolutions-Sturmes im Februar und März 1848.

Preis 5 Sgr.

Abonnements-Bestellungen bitten wir der unterzeichneten Verlags-Handlung unfrankirt zuzusenden.

Verlag von **Rudolph Riebmann**,
Friedrichstraße 18.

Schnellpressen-Druck von **Ferdinand Reichardt & Co.**,
Spandauer Straße 49.